

8 Der Euro-Wahn und seine Nutznießer, Teil 8

Der wirtschaftliche Einbruch der Euro-Krisenländer war die zwangsläufige Folge des – für die Schwachwährungsländer – viel zu hohen Euro-Wertes. Die Euro-Rettungspolitik mit ihren Spar- und Reformauflagen beschleunigte und vertiefte diesen Absturz.

8.1 Der Absturz der Krisenländer und die Rolle der Ökonomen

Die Geschichte des Euro ist gleichzeitig auch eine sehr traurige Geschichte einer Wissenschaft, die in Deutschland einmal Nationalökonomie hieß. Sie hat nicht nur ihren Namen, sondern auch ihr Selbstverständnis grundlegend gewendet. Ihre akademischen Vertreter haben sich – bis auf wenige Ausnahmen – dem **Primat der Politik unterworfen**, was auch ihrer Karriere durchaus förderlich ist. Ihre geschmeidigen Anpassungen an die politischen Wertvorgaben flutschen umso perfekter, je stärker ihr Geschichts- und Weltbild durch die Selektionen und Manipulationen der modernen Zeitgeschichte geprägt wurde. Der Euro ist „ein Kind der Politik“. Sie hat ihn zum Dogma erhoben, an das die Menschen glauben sollen. Eine Wissenschaft aber, die ein politisches Dogma als unabdingbaren Glaubenssatz (Axiom) akzeptiert, ist keine Wissenschaft mehr! Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands unter dem Euro-Regime dokumentiert den Niedergang der Nationalökonomie beispielhaft:

Griechenland geriet als erstes Euro-Land in Zahlungsnot. Als sich die maßgebenden Euro-Politiker geeinigt hatten, die Schulden Griechenlands zu übernehmen, um den Konkurs und ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro zu vermeiden, war der Rat der Ökonomen gefragt. Und ihr Rat war eindeutig: **Sparen und Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit**, wie wir bereits festgestellt haben. Dieses Grundmuster wurde dann auch im Falle Irlands, Portugals und Spaniens angewendet. Ihm liegt der einfache Gedanke zugrunde: wer weniger ausgibt als er einnimmt, dem bleibt mehr, um damit die hohen Schulden abtragen zu können. So einfach diese Lösung auf den Ersten Blick auch erscheinen mag, so richtig sie im Falle eines einzelnen Haushaltes oder einer Unternehmung auch ist, so falsch ist sie für eine ganze Volkswirtschaft. Warum das so ist, kann jeder leicht verstehen:

Die Ausgaben des Staates sind nämlich bei den Zahlungsempfängern Einkommen. Und wenn sich die Einkommen im Inland verringern, weil der Staat weniger ausgibt, dann können diese Zahlungsempfänger (Beamte, Angestellte, Unternehmen) selbst weniger ausgeben. Auf diese Art und Weise kommt eine Lawine von Einkommensminderungen ins Rollen, an deren Ende die Summe aller Einkommensminderungen ein Mehrfaches größer ist als die ursprüngliche Ausgabenminderung (Einsparung). Die Lawine ist in der Nationalökonomie unter dem Namen „Multiplikator“ seit Anfang der 1930iger Jahre bekannt, als Wilhelm Lautenbach (ein Beamter der Deutschen Reichsbank) dem damaligen Reichskanzler Adolf Hitler den Rat gab, die Arbeitslosigkeit mit zusätzlichen Schulden zu überwinden. Dies löste damals einen positiven Multiplikator-Effekt aus, an dessen Ende die Einkommenssteigerungen ein Mehrfaches der ursprünglichen Schuldenaufnahme betragen und die Arbeitslosigkeit in Deutschland in kürzester Zeit beendeten.

Im Falle Griechenlands und der anderen von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Staaten, denen man die Auflage machte, die Ausgaben zu senken, mußte dieser Effekt natürlich negativ sein und eine Einkommensminderung mit steigenden Arbeitslosenzahlen zur Folge haben. Es gab nur wenige Ökonomen, unter ihnen Hans-Werner Sinn, die auf der Grundlage dieser Erkenntnis das zwangsläufige Scheitern der „Rettungsmission Griechenland“ vorhersagten. Die Welt und die Deutschen wollten das nicht hören, ein Übriges taten die

Medien, die diesen Aspekt des Problems einfach versickern ließen. Doch es kam genau das, was kommen mußte: Die Euro-Rettungspolitik ließ die Krisenländer noch weiter abstürzen, als sie durch die Finanzkrise bereits abgestürzt waren.

8.1.1 Absturz des BIP und des Volkseinkommens

Keines der Euro-Krisenländer hatte bis Jahresende 2014 das Einkommensniveau des Jahres 2007 wieder erreicht²²:

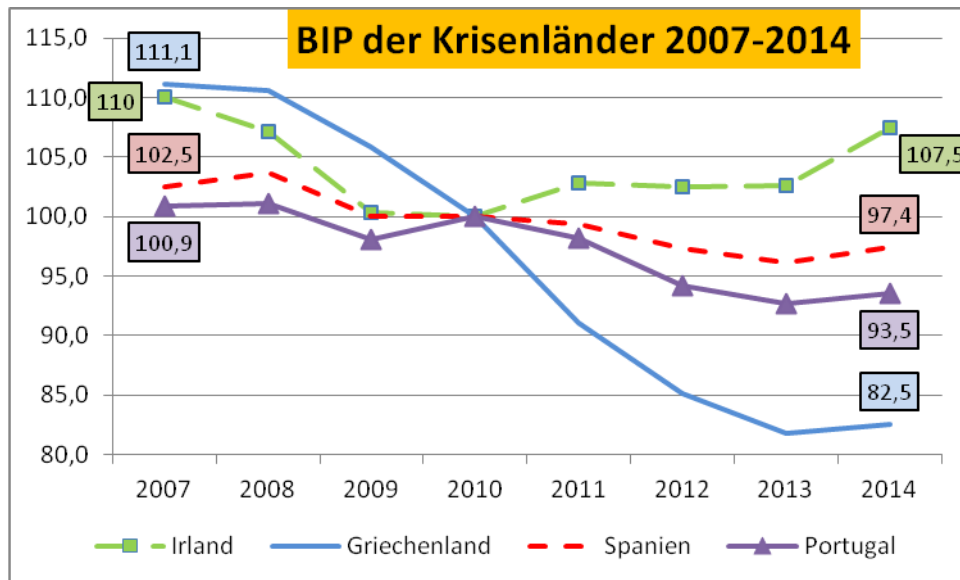


Abbildung 17: Absturz der Krisenländer 2007-2014,

Die Graphik zeigt, um wieviel Prozent das BIP der vier vor dem Konkurs „geretteten“ Euro-Länder in den 7 Jahren von 2007 – 2014 eingebrochen ist. Keines der Länder hatte bis zum Jahr 2014 das BIP des Jahres 2007 wieder erreicht. Um wieviel Prozent das BIP des Jahres 2014 unter dem des Jahres 2007 lag, geht aus nachstehender Tabelle hervor.

Krisenländer	BIP zu Preisen 2010		Veränderung in %		
	2007	2010	2014	2007-2014	2010-2014
Irland	110,0	100,0	107,5	-2,3%	7,5%
Griechenland	111,1	100,0	82,5	-34,7%	-17,5%
Spanien	102,5	100,0	97,4	-5,2%	-2,6%
Portugal	100,9	100,0	93,5	-7,9%	-6,5%

Tabelle 9: Absturz der Krisenländer 2007-2014, [Quelle](#)

Den tiefsten Absturz erlitt Griechenland, es hatte zuvor auch am meisten vom Euro und den EU-Nettozahlungen profitiert. Und das Land und die Bevölkerung tun sich aufgrund ihrer geschichtlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung besonders schwer bei der Umsetzung von Reformen. Das griechische BIP ist um 34,7 Prozent gesunken. Die Euro-Retter weisen jegliche Kritik an ihrer Austeritätspolitik (Ausgabensenkung und Reformen zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit) mit dem Hinweis zurück, daß die Iren bewiesen hätten, wie erfolgreich diese Vorgehensweise sein könne. Sie Vergleichen dazu das irische BIP des Jahres 2010 mit dem des Jahres 2014 (letzte Spalte der Tabelle). Den tiefen Absturz, den Irland gemeinsam mit Griechenland von 2007 bis 2010 annä-

²² Zahlen aus Eurostat: Indiziertes BIP zu Marktpreisen 2010, BIP und Hauptkomponenten - Volumen [nama_gdp_k].

hernd parallel erlebt hat, lassen sie unerwähnt, ebenso die Tatsache, daß die Iren von einem **wesentlich niedrigeren Verschuldungsniveau** ausgegangen sind. Unerwähnt bleibt auch die Tatsache, daß die irische Wirtschaft erst in den letzten Jahrzehnten gewachsen war, und somit eine sehr junge und moderne Wirtschaft war, der im Prinzip nur wenig Reformauflagen gemacht werden mußten. Wir werden gleich noch auf diesen unqualifizierten Vergleich zur Rechtfertigung der Euro-Rettungspolitik genauer eingehen.

8.1.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote brechen alle Rekorde

Noch katastrophaler als der Absturz des griechischen Volkseinkommens waren die Folgen der Spar- und Reformauflagen für die Beschäftigung. Die nachfolgende Graphik zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Krisenländern:

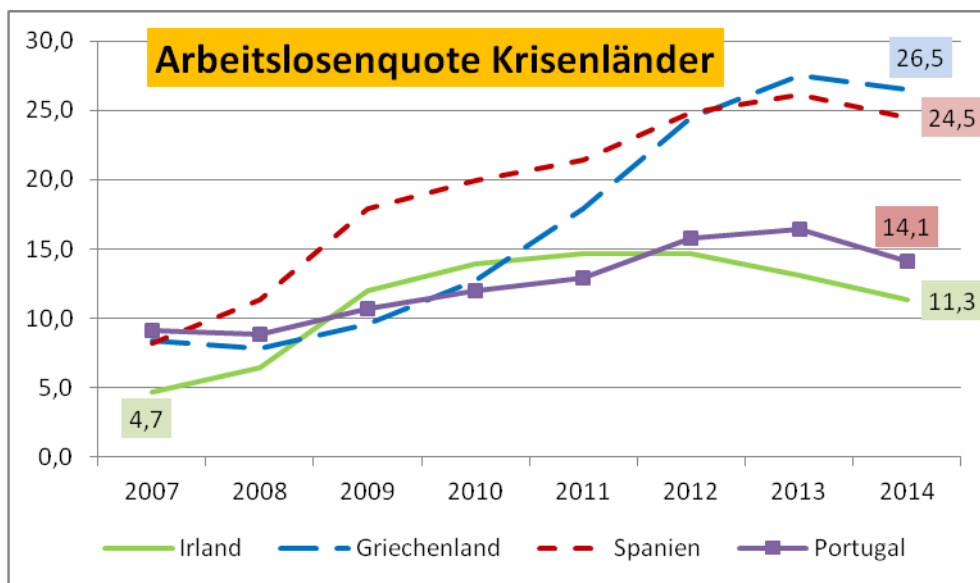


Abbildung 18: Arbeitslosenquote der Krisenländer

In Griechenland stieg sie bis Ende 2014 auf 26,5 Prozent, in Spanien auf 24,5 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in beiden Ländern sogar die 50 Prozent-Marke überschritten. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird noch deutlicher, wenn man die prozentuale Veränderung ermittelt, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

ArbloQuote	2007	2014	Änderung
Irland	4,7	11,3	140,4%
Griechenland	8,4	26,5	215,5%
Spanien	8,2	24,5	198,8%
Portugal	9,1	14,1	54,9%
England	5,3	6,1	15,1%

Tabelle 10: Arbeitslosenquote 2007 - 2014

In Spanien und Griechenland hat sich die Arbeitslosigkeit verdreifacht. In Irland ist sie zwar seit 2011 von 15 auf 11,3 Prozent gesunken, war aber damit immer noch 2,4-mal so hoch wie 2007.

Trotzdem wird Irland von den notorischen Euro-Rettern und den Medien als Musterland für eine gelungene Rettung bezeichnet, ein Land, das sieben Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise immer noch eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit als vor Ausbruch der Krise hat! Vergleichen wir die irischen Werte mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in England (letzte Zeile der Tabelle), die beide im Ausgangsjahr 2007 ein annähernd gleiches Niveau hatten, so wird deutlich, welches Ausmaß an Schäden (1) der Euro und (2) seine Rettung den Iren zugefügt hat. Der englischen Wirt-

schaftspolitik wurden weder Spar- noch Reformauflagen gemacht, sie konnte, als die Wirtschaft abzustürzen drohte, sowohl die Staatsausgaben als auch die Geldmenge erhöhen. Beziehen wir jetzt noch die Entwicklung der Staatsschulden in unsere Analyse mit ein:

8.1.3 Die Entwicklung der Staatsschulden

δ Schulden Land	Mio Euro		Änderung in %	Erhöhung um
	2007	2014		
Irland	47.148	203.319	331,2%	4,3
Griechenland	239.991	467.094	94,6%	1,9
Spanien	383.798	1.033.857	169,4%	2,7
Portugal	120.089	225.280	87,6%	1,9
England	881.150	2.055.286	133,3%	2,3

Tabelle 11, Entwicklung der Staatsschulden

Irlands Schulden sind um 332 Prozent gestiegen, das ist das 4,3-fache des Wertes im Jahr 2007. Griechenlands Schulden²³ haben sich nahezu verdoppelt. Spaniens Schulden stiegen um das 2,7-fache, Portugals Schulden

stiegen um das 1,9-fache. Interessant ist, daß Irland mit einer Vervierfachung des Schuldenanstiegs die Krise noch am besten gemeistert hat, während Griechenland mit einer knappen Verdoppelung noch tiefer in die Krise gerutscht ist. Offensichtlich spielt das Ausgangsniveau, das bei Irland mit 47.148 Mio. Euro nur 1/5 der griechischen Schulden im Jahr 2007 ausmacht, eine wichtige Rolle. Trotzdem konnte Irland die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich auf 11.5 Prozent verringern wie Tabelle 10: Arbeitslosenquote 2007 - 2014 zeigt. Ganz anders dagegen verlief die Entwicklung in England. Die Staatsschulden stiegen im Vergleich zu Irland nur um das 2,3-fache, doch die Arbeitslosenquote sank erheblich tiefer (bei vergleichbarem Ausgangsniveau) auf 6,1 Prozent. Vergleichen wir nun noch den Schuldenanstieg mit der Entwicklung des BIP:

8.1.4 Entwicklung des BIP

Land	2007	2014	δ in %
Irland	196.749	185.412	-5,8%
Griechenland	232.831	179.081	-23,1%
Spanien	1.080.807	1.058.469	-2,1%
Portugal	175.468	173.044	-1,4%
England	2.164.065	2.222.912	2,7%

Tabelle 12, Entwicklung des realen BIP

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des realen BIP zu Preisen von 2010²⁴. Irland und Spanien, weisen eine weit höhere Schuldensteigerung als England auf und trotzdem lag ihr BIP noch unter dem Niveau des Jahres 2007, ganz zu schweigen von der Entwicklung des BIP

Griechenlands. Dessen Schuldenanstieg betrug im Vergleich zu England nur 94,6 Prozent und konnte schon deshalb nicht einen mit England vergleichbaren expansiven Effekt erzielen. Ausschlaggebend für den Einbruch des griechischen BIP dürften allerdings die Spar- und Reformauflagen gewesen sein, die einen negativen Multiplikator-Prozeß auslösen mußten, wie wir oben auf Seite 34 ausgeführt haben.

²³ In der „amtlichen Statistik von Eurostat wurde der Schuldenschnitt Griechenlands von insgesamt 150 Mrd. Euro abgezogen (was wir nicht getan haben). Der Abzug mag rechtlich gesehen angebracht sein, denn die Schulden sind ja weggefallen. Volkswirtschaftlich gesehen wäre das aber eine Verfälschung der realen ökonomischen Entwicklung, weshalb der Abzug unterbleiben muß.

²⁴ Zahlen aus Eurostat: BIP und Hauptkomponenten (Produktionswert, Ausgaben und Einkommen) [nama_10_gdp].

In der Diskussion um den Sinn oder Unsinn der Euro-Rettungspolitik wurde häufig die Entwicklung der Schulden im Verhältnis zum BIP herangezogen, um daraus die „Schuldentragfähigkeit“ abzulesen. Die entsprechende Graphik und der dazu gehörende Kommentar sollen deshalb auch bei unserer Analyse nicht fehlen.

8.1.5 Die Entwicklung der irischen Staatsschulden im Verhältnis zum BIP

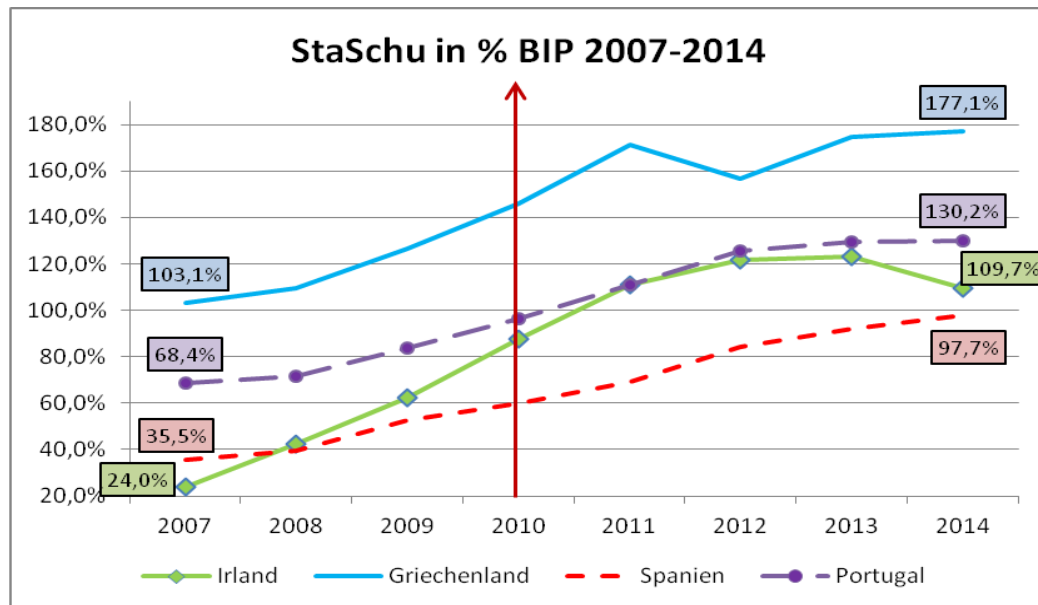


Abbildung 19: Staatsschulden im Verhältnis zum BIP 2007-2014

Die Graphik zeigt, daß in allen Euro-Krisenländern die Staatsschulden seit 2007 schneller gestiegen sind als das BIP. Dies gilt auch für die Zeit nach 2010, als diese Länder mit den sog. Rettungspaketen vor dem Konkurs gerettet werden mußten. Diese Rettungspakete führten dazu, daß nahezu alle Schulden der internationalen Finanzindustrie von den Steuerzahlern der Euro-Staaten übernommen wurden. Einen kleinen Teil übernahmen der IWF und die restlichen EU-Staaten. Sie alle müssen nun hoffen, daß sie ihre Steuergelder wieder erstattet bekommen. Das einzige Land, das seit Beginn der Rettungsaktionen (Schuldenübernahme) seinen Schuldenberg im Jahr 2014 zum ersten Mal geringfügig abbauen konnte, war Irland. Der Schuldenanteil – gemessen am BIP – sank 2014 von 123 auf 109,7 Prozent. Das war für die Euro-Retter ein Beweis, daß ihre Austeritätspolitik erfolgreich sein könne, weil Irland auf den Wachstumspfad zurück gekommen sei und seine Schulden damit zurückzahlen könne.

Hierzu ist festzustellen, daß Irland 2014 zum ersten Mal seit 2008 (also nach 6 Jahren) in die Lage versetzt wurde, einen kleinen Teil seines seit 2007 angehäuften Schuldenberges zurück zu zahlen. Nur unter der Voraussetzung, daß Irland eine Entwicklung in vergleichbarer Größenordnung (6,1 Prozent nominales Wachstum) fortsetzen könnte, was auch abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft ist, wird es trotzdem viele Jahre dauern, bis das Land wieder das Schuldniveau vor Ausbruch der Krise erreicht hat. Eine ungefähre Vorstellung von der Dauer des Schuldenabbaus verschafft die nachfolgende Graphik:

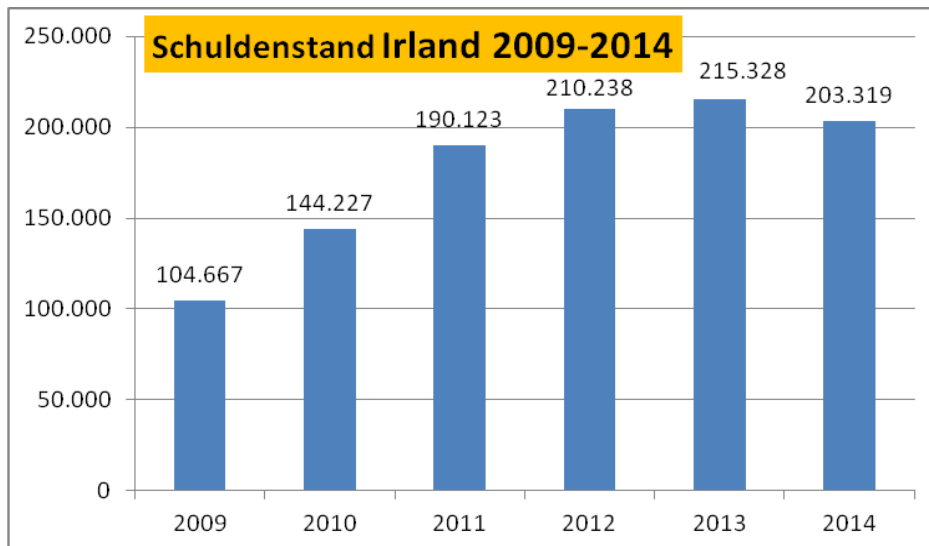


Abbildung 20: der Schuldenstand Irlands 2014

Im Jahr 2014 betrug die Summe der Schulden 203.319 Mio. Euro. Von den Schulden im Vorjahr in Höhe von 215.328 Mio. Euro wurden gerade einmal 12.208 Mio. das sind 5,1 Prozent, abgebaut. Man wird Irland auch als den Sonderfall bezeichnen müssen, weil seine Entwicklung auch auf den völligen Neuaufbau moderner Industrie- und Handelsstrukturen zurückzuführen ist, weshalb dem Land keine großartigen Reformen, wie den Griechen aufgezwungen werden mußten. Hinzu kam noch, daß es mittels attraktiver Steuermodelle gelungen war, internationale Investoren anzulocken, die diese Modernisierung finanzierten.

Weit bedeutender als der Sonderfall Irland ist aber ein anderer Aspekt: Der Durchschnitt aller Euro-Länder, also nicht nur jene, die vor dem Bankrott gerettet werden mußten, hatte im Jahr 2014 noch immer nicht das BIP des Jahres 2008 erreicht. Der Euro hat alle Mitgliedsländer nachhaltig geschädigt. Die nachstehende Graphik vermittelt einen Eindruck vom Ausmaß dieser anhaltenden Schädigung:

8.1.6 Die Euro-Länder wurden Schlußlicht der wirtschaftlichen Entwicklung

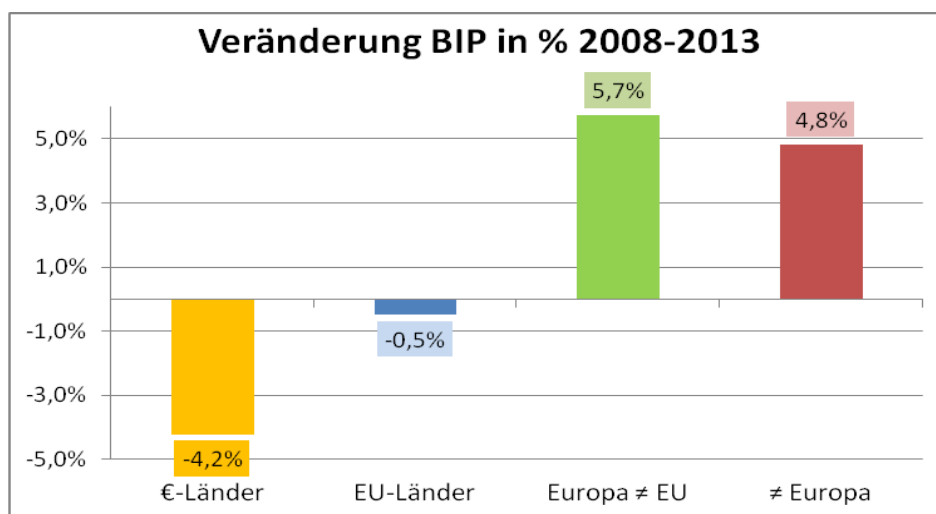


Abbildung 21: der Absturz der Euro-Länder 2008-2013

Die Graphik zeigt die Aufbereitung der Zahlen des Statistik Amtes Eurostat²⁵. Das BIP der Euro-Länder lag im Jahr 2013 im Durchschnitt noch um 4,2 Prozent unter dem BIP des Jahres 2008. Im Vergleich dazu lagen die anderen EU-Länder Europas nur noch 0,5 Prozent darunter. Die Nicht EU-Länder in Europa hatten sogar ein um 5,7 Prozent höheres BIP erreicht. Das BIP der bedeutendsten Staaten außerhalb Europas, die in der Eurostat-Statistik aufgelistet waren, lag um 4,8 Prozent über dem des Jahres 2008. Das ist die Wirklichkeit des Euro, über die uns die Medien nicht informieren.

Nach sieben Jahren haben es die Euro-Staaten noch immer nicht geschafft, das Niveau des BIP des Jahres 2008 wieder zu erreichen, während der Rest der industriellen Welt – bis auf die EU-Länder – das BIP von 2008 schon längst wieder überschritten hat. Zwischen den Euro-Ländern und den Nicht EU-Ländern Europas hat sich die materielle Wohlfahrtsdifferenz in diesen Jahren um 9,9 % verschlechtert. Eigentlich müßte man deshalb die Frage stellen, ob die Euro-Länder diesen Rückstand je werden aufholen können? Dabei hatten die Euro-Politiker versprochen, daß der Euro alle Mitgliedsländer reicher machen werde, gerade wegen der gemeinsamen Währung.

Nüchtern muß man feststellen, daß das Gegenteil ist der Fall ist.

www.hpatzak.de

08.09.2015

Lesen Sie in der nächsten und abschließenden Folge dieses Zyklus, das Resümee und den Ausblick über die Folgen des Euro-Wahns für Deutschland und Europa.

²⁵ BIP und Hauptkomponenten - Volumen [nama_gdp_k], Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen real - in Preisen von 2005, veröffentlicht am 23.05.14.